

WEISSRUSSLAND

Wurst oder Freiheit

Staatschef Lukaschenko behauptet, sein Geheimdienst habe den Anschlag auf die Minsker Metro aufgeklärt. Auch die Hintermänner glaubt er zu kennen: Sie seien bei der Opposition zu suchen, der „Fünften Kolonne“ des Westens. Sein Kampf gegen die Regimegegner wird immer verbissener.

Ohne Kolja, den unehelichen Lieblingssohn, den ihm eine längst verstorbene Leibärztin geboren hat, geht Alexander Lukaschenko nicht mehr aus dem Haus. Der Kleine begleitet ihn zu Staatsgesprächen, Betriebsbesuchen oder zur Papstaudienz in Rom.

Auch Montag vergangener Woche war Kolja wieder dabei: Zwei Stunden erst lag der Bombenanschlag in der Minsker Metrostation „Oktjabskaja“ zurück, da betrat der Sechsjährige an der Hand seines Vaters – beide schwarzgekleidet, beide mit ernstem Gesicht – den noch immer blutverschmierten Bahnsteig. Wortlos legten sie zum Andenken an die inzwischen 13 Getöteten mehrere rote Nelken nieder.

Lukaschenko ist ein einsamer Mann, deswegen hängt er mit demonstrativer Liebe an seinem Sohn. Aber weil er zugleich ein begnadeter Schauspieler und Demagoge ist, hat er ihm auch eine staatstragende Rolle zudedacht: Ein starker Mann mit einem kleinen Jungen an der Hand – das rührt. So einem glaubt man, dass Ordnung und Stabilität für ihn das Wichtigste sind.

Die Frage ist nur: was für eine Ordnung? Die ruhige Lage in Weißrussland „hatte uns eingeschlafert“, erklärte Lukaschenko vergangenen Mittwoch seinem Volk. Aber diesmal hätten die Männer vom Geheimdienst KGB „brillante“ Arbeit geleistet, die Täter aus der Metrostation seien gefasst, sie hätten gestanden. Ein Dreher und ein Elektriker aus der Provinz sollen die Schuldigen sein.

„Potz Blitz“, staunte da ein weißrussischer Blogger: „Um 21 Uhr verhaftet und um 5 Uhr früh sämtliche Anschläge der letzten Jahre bis aufs Kleinste zugegeben – da müssen besonders innovative Verhörer am Werk gewesen sein. Steht uns jetzt ein weißrussisches 1937 bevor, als in Moskau die Schauprozesse gegen angebliche Regimegegner liefen?“

Auszuschließen ist das nicht, obwohl sich abzeichnet, dass die mutmaßlichen Attentäter gar kein politisches Motiv besaßen. Lukaschenko hat bereits angekündigt, dass er künftig auf „allerstrengste Ordnung und Organisiertheit“ setzen wolle. Dass die nach Minsk gerufenen Polizeiregimenter deswegen erst mal in der Stadt bleiben. Und dass all das „Geschwätz über Demokratie, wie man sie uns aufdrängen will“, absurd sei und man



Alleinherrscher Lukaschenko, Sohn Kolja: „In siebeneinhalb Minuten Ordnung geschaffen“

bei der „Fünften Kolonne“ nach den Auftragebern der Bombenleger suchen müsse – und nach den geistigen Brandstiftern.

Mit der „Fünften Kolonne“ meint Lukaschenko die Opposition. Auf die richtet sich seit dem 19. Dezember vergangenen Jahres, seit der Präsidentenwahl, sein ganzer Zorn. Zehntausende Demonstranten, darunter die meisten Präsidentschaftskandidaten der Opposition, waren damals vor das Regierungsgebäude gezogen, um gegen die vermutete Wahlfälschung zu protestieren und Lukaschenkos Rücktritt zu fordern – der Autokrat hatte sich an diesem Tag ein Ergebnis von 79,7 Prozent der Stimmen auszählen lassen.

Brutal knüppelten die Sicherheitskräfte die Demonstranten nieder, mindestens 100 Menschen wurden verletzt, rund 700 verhaftet. Seine Leute hätten „in sieben-einhalb Minuten Ordnung geschaffen“, brüstete sich der Präsident hinterher.

Umso unbegreiflicher war, was dann passierte.

Gleich nach der Demonstration ließ Lukaschenko sieben der neun Präsidentschaftskandidaten einsperren, die gegen ihn angetreten waren. Zwei sitzen noch immer im Gefängnis; die anderen sind entlassen, stehen aber unter Hausarrest oder wurden vom Geheimdienst zur Zusammenarbeit verpflichtet. Ein Ex-Kandidat berichtete, er sei vom KGB misshandelt und erniedrigt worden, und flüchtete ins Exil nach Tschechien.

Unablässig mahlen jetzt die Mühlen der Justiz. Mehrere Demonstranten vom 19. Dezember wurden bereits zu je dreieinhalb oder vier Jahren Haft verurteilt, die Prozesse gegen die ehemaligen Präsidentschaftskandidaten stehen unmittelbar bevor. Da laufe „eine Generalabrechnung mit der Opposition“, sagt ein westlicher Diplomat.

Inzwischen sind auch die Brücken zwischen Weißrussland und dem Westen gekappt: Aus Protest gegen die Behandlung der Regimegegner hat die EU Einreiseverbote für 177 weißrussische Politiker, Richter, Staatsanwälte und Journalisten verhängt. Lukaschenko erklärte im Gegenzug westliche Besucher für unerwünscht.

Im Fernsehen zog er über „die Schwuchtel“ Guido Westerwelle her, die gemeinsam mit dem polnischen Außenminister kurz vor der Wahl in Minsk gewesen sei und ihm damals Unterstützung zugesagt habe. Wenn „man uns jetzt mit Sanktionen Angst machen will: kein Problem“, so Lukaschenko: Dann werden „wir das Tschetschenien des Westens“.

Sicher, die Welt ist einiges gewohnt vom Exzentriker Alexander Lukaschenko, 56, der schon 17 Jahre in Minsk regiert. Aber seit Dezember gibt der frühe-

re Chef einer Sowchase, der mitten in Europa den Sozialismus konserviert, nur noch Rätsel auf. Und der Westen weiß nicht, wie er nun mit ihm umgehen soll.

Um das herauszufinden, müssen zuerst einige Fragen geklärt werden, zum Beispiel die, ob die Opposition am 19. Dezember möglicherweise *va banque* gespielt hat. In welchem Umfang die Abstimmungsergebnisse tatsächlich gefälscht worden sind. Ob Lukaschenko, der diesmal einen vergleichsweise liberalen Wahlkampf zugelassen hatte, am Abend der Abstimmung nur die Nerven verloren oder ob er den Abbruch der Beziehungen zum Westen eingeplant hatte.

Und ob das jüngste Attentat mit alldem etwas zu tun haben könnte.

Auf diese Frage will Ex-Präsidentschaftskandidat Witalij Rymaschewski



Anschlagsoffer in Minsk*: Unablässige Suche nach Feinden

vorsichtshalber erst mal nicht antworten. Der 36-jährige Bauingenieur, Vorsitzender der Christdemokratischen Partei, ist in einem Café in der Nähe des Siegesplatzes zu treffen, wo er an seiner Website arbeitet und E-Mails checkt.

Rymaschewski war in der Nacht des 19. Dezember im Notfallkrankenhaus verhaftet worden. Ein Polizist der Eliteeinheit Omon hatte ihm bei der Demonstration mit dem Gummiknüppel einen Schlag auf den Kopf versetzt, die Wunde musste verbunden werden.

Er kam in die berüchtigte „Amerikanka“, das Untersuchungsgefängnis gleich hinter dem KGB-Gebäude. „Das Haus war völlig überbelegt. Ich landete in einer Zelle, in der auch ein Oberstleutnant und ein früherer Betriebsdirektor saßen, mehr als eine Matratze war nicht da“, sagt Rymaschewski, nach zehn Tagen hätte sie ihn wieder freigelassen. Nun stehe der Prozess unmittelbar bevor. Er muss jetzt jeden Tag in die KGB-Zentrale, um die Anklageschrift zu studieren, 14 Bände hat er schon geschafft.

* Am 11. April.

Der sogenannte Sturm des Regierungsgebäudes sei „eine Provokation“ gewesen, sagt Rymaschewski: „Ein Marsch dorthin war gar nicht geplant, wir wollten eigentlich zu Lukaschenkos Residenz. Aber die Präsidentschaftskandidaten waren untereinander völlig unsolidarisch“, irgendjemand habe den Zug umgedreht.

Der Groll des Christdemokraten richtet sich auch gegen Mitbewerber. Die wollen, sagt er, den Zusammenbruch Weißrusslands, dieser Kurs führe die Opposition aber nur in die Isolation. Radikalität helfe nicht gegen einen wie Lukaschenko, sagt Rymaschewski.

Auch Oleg Manajew wird nicht müde, dasselbe zu predigen. „Ich sage immer zu den Leuten der Opposition: ‚Ihr wollt Lukaschenko doch nicht mit einem Feldstein beschwert an einer Brücke aufhängen?

Also müsst ihr über Wahlen zur Macht, und dann müsst ihr mit den Leuten reden. Mit dem Volk.‘ Genau das aber hat die Opposition bis heute nicht getan, deswegen kennt sie auch niemand.“ So darf Lukaschenko sie ungestraft verprügeln und in den Knast stecken.

Professor Manajew, 59, ist der bekannteste weißrussische Sozialforscher, er hat viele Jahre lang das unabhängige Institut für sozialökonomische und politische Forschungen in Minsk geleitet, bevor es 2005 vom Obersten Gericht geschlossen wurde und nach Litauen auswich. Manajew lehrt weiter an der Minsker Staatsuniversität, aber er ist dort kaltgestellt, der Rektor hat ihn zur Kündigung aufgefordert. 130 Wissenschaftler aus aller Welt haben gegen die Drangsalierung Manajews protestiert.

„Für mich bleibt dieses Regime unannehmbar“, sagt der Professor, „aber von der Opposition bin ich enttäuscht: Sie hat die Menschen am 19. Dezember auf die Straße gerufen, aber sie wusste nichts mit ihnen anzufangen. Und sie will nicht wahrhaben, dass den meisten die Wurst wichtiger ist als die Freiheit.“

Manajew sitzt kerzengerade am Tisch einer kleinen Minsker Konditorei und fingert einen engbeschriebenen vierseitigen Bericht aus seiner Tasche.

Es sind Meinungsfragen, die sein früheres Institut zehn Tage nach der Wahl in Weißrussland durchgeführt hat. Man müsse die Lage „ohne Emotionen“ sehen, sagt er: Die Wahlbeteiligung habe bei etwa 87 Prozent gelegen, knapp vier Punkte unter der offiziell verkündeten, aber wesentlich höher als von einigen Oppositionsführern behauptet.

Für Lukaschenko, so fanden die Soziologen heraus, hätten 58 Prozent derjenigen gestimmt, die zur Wahl gegangen seien – 20 Prozent weniger als vom Regime

angegeben. „Das heißt aber“, sagt Manajew, „Lukaschenko hätte diese Wahl auch gewonnen, ohne 1,3 Millionen Stimmen ‚umverteilen‘ zu müssen, und ohne Massenrepressionen.“

Die Weißrussen seien nicht geeignet für eine Revolution, erklärt Manajew achselzuckend den Befund, sie hätten Angst vor Veränderungen, deswegen arrangierten sie sich mit einem wie Lukaschenko. Es gehe den Menschen jetzt relativ gut, sie würden das ihrem Staatschef zugutehalten. Zwar störe sie die intellektuelle Unreife und die Brutalität des Regimes, aber der Opposition glaubten sie deswegen noch lange nicht.

Dann allerdings stellt sich erst recht die Frage, warum Lukaschenko seit dem 19. Dezember so verbissen gegen seine Gegner vorgeht.

Manajew, der Analytiker, zählt drei Gründe dafür auf: Lukaschenko, der alles

de Seiten sich gegenseitig mit Schmäreden überzogen, im russischen Fernsehen liefen böse Filme über den Herrscher in Minsk, und der rächte sich mit ähnlichen Stücken über die Moskauer Führung.

Am 9. Dezember aber war der Krieg schlagartig vorbei: Kreml-Chef Medwedew gestand Lukaschenko wieder zollfreie Öllieferungen zu, was diesem rund vier Milliarden Euro Ersparnis bringt; Premier Putin versprach dem Weißrussen sechs Milliarden für ein Atomkraftwerk. Weißrussland, dessen Währungsreserven dramatisch abnehmen und dessen Kreditwürdigkeit von der Rating-Agentur Standard & Poor's gerade weiter herabgestuft worden ist, schien plötzlich nicht mehr auf westliches Geld angewiesen.

Das würde auch begründen, warum der Potentat, um eine Erklärung für den Kurswechsel bemüht, nun den Westen als

Auftraggeber eines Staatsstrechs diffamiert. 87 Millionen Euro habe der „über bestimmte Stiftungen der ‚Fünften Kolonne‘ in Weißrussland“ zukommen lassen, behauptet er. In der Staatszeitung „Sowjetisches Weißrussland“ ließ er Geheimdienst dossiers und Abhörberichte abdrucken, die belegen sollen, wie vor allem Deutsche und Polen ein Netz von Regimegegnern aufgebaut hätten.

Dass Warschau wie Berlin einzelnen Oppositionskandidaten finanziell zur Seite standen, war allerdings nie ein Geheimnis. Die Deutschen versuchen seit den neunziger Jahren,

beim Aufbau einer Zivilgesellschaft in Weißrussland zu helfen. Sie haben auf die unterschiedlichsten Köpfe der Opposition gesetzt, zwischendurch aber immer auch gehofft, Lukaschenko selbst mit neuen Angeboten ködern zu können. Erfolg hatten sie damit nie. Auch die EU-Sanktionen, denen Berlin sich angeschlossen hat, sind halbherzig: Lukaschenkos Achillesferse – die Wirtschaft – treffen sie nicht.

Steckt der Staatschef womöglich selbst hinter dem Metroattentat? Wohl kaum, eigenartig aber ist der Zeitpunkt dieser Bombenexplosion, da sich die Probleme im Lande häufen. Lukaschenko hat solche Situationen immer zu seinen Gunsten zu nutzen gewusst. Er ist der wendigste postsowjetische Politiker, er konnte ungestraft „mitten in Europa eine geschlossene Gesellschaft schaffen“, heißt es in einer in Moskau erschienenen Lukaschenko-Biografie.

Jetzt aber ist er zur Geisel seines eigenen Systems geworden. Ohne unablässige Suche nach Feinden ist es nicht überlebensfähig.

CHRISTIAN NEEF



Ran Yunfei, 46

Der Blogger wurde verhaftet, nachdem er über den Umsturz in Kairo geschrieben hatte.

Tan Zuoren, 56

Der Bürgerrechtler ermittelte nach dem Erdbeben 2008 gegen Behörden, im Gefängnis seit einem Jahr.

CHINA

Der Mut der wenigen

Nicht nur der Künstler Ai Weiwei verschwand, Pekings Sicherheitsbehörden griffen Dutzende Regimekritiker ab. Viele tauchten bisher nicht wieder auf.

Sie hatten es mit einem Trick versucht. Sie hatten gehofft, dass sie die Zensoren irreführen könnten, wenigstens kurzzeitig, indem sie kreativ wurden – aus Notwehr. Aufmüpfige Blogger in China schrieben „Ai Weilai“ in Mikroblogs und Internetforen. Das erinnerte zwar an den Namen jenes Mannes, den sie unterstützen wollten: Ai Weiwei. Doch wörtlich übersetzt heißt das: „Liebe die Zukunft.“ Einer der User tippte: „Wir lieben die Zukunft, und wir brauchen die Zukunft.“ Die List half nichts, auch seine Stimme im Netz wurde gelöscht.

Wie die Zukunft aussieht für Chinesen, die es dem Künstler Ai Weiwei gleichtun, hat die Staatsmacht mit der Festnahme Ais bewiesen. Ai Weiwei war aber nur das prominenteste Opfer in den vergangenen Wochen, weder war er das einzige noch das letzte. Doch die Helden im Schatten provozieren keine diplomatischen Affären. Selbst die Mehrheit der Chinesen weiß kaum etwas über den Mut der wenigen.

Menschenrechtsgruppen wie die „Chinese Human Rights Defenders“ (CHRD), die in Hongkong ihren Sitz hat, sprechen vom härtesten Durchgreifen der Behörden seit 1998. Von Mitte Februar an, so hat CHRD bis zum vergangenen Freitag gezählt, wurden 30 Menschen festgenommen, etwa 20 sind verschwunden, 5 wurden verhaftet, 3 müssen zur Umerziehung in ein Arbeitslager.



Festnahme eines Oppositionellen in Minsk*: Offener Hass

im Lande kontrolliere, habe die ewigen Vorwürfe der Opposition sattgehabt, sein ganzer Hass ihr gegenüber breche jetzt aus. Zweitens habe er die Interessen von Justiz, Geheimdiensten und Polizei berücksichtigen müssen, also von Leuten, denen das freie Auftreten der Regimegegner vor der Wahl schon viel zu weit gegangen sei.

Und drittens, so Manajew, sei Lukaschenkos Hauptproblem exakt zehn Tage vor der Wahl gelöst worden: Seine fast konspirative Moskau-Reise am 9. Dezember zu Präsident Dmitrij Medwedew habe Weißrussland vor dem wirtschaftlichen Absturz gerettet, vorläufig zumindest.

Viele Monate lang hatte der Staatschef mit dem Kreml darum gestritten, weiterhin Öl und Gas zu vergünstigten Preisen beziehen zu können. Moskau aber ärgerete sich, dass Lukaschenko das billige Öl in seinen Raffinerien aufarbeiten und gewinnbringend auf dem Weltmarkt verkaufen ließ. Noch im Herbst hatten bei-

* Am 20. Dezember 2010.